Thema: attac,

URL: http://news.orf.at/stories/2144438/2144439/

Kritik an „Verteilungskrise“

Der offizielle Finanzrahmen 2013 bis 2016 steht vor allem unter dem Motto Kürzen. In vier Jahren will die Bundesregierung mit dem im Frühjahr beschlossenen Sparpaket knapp 28 Mrd. Euro einnehmen. Eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften sehen das längerfristig nicht als die Ideallösung.

Statt nur zu sparen, brauche es gerade jetzt gezielte Investitionen, lautet eine zentrale Prämisse des am Samstag in Wien vorgestellten „zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudgets“. Die Regierung hat in ihrem Paket zwar - Stichwort: Aktien-KeSt und Umwidmungsabgabe - die Steuerlast auf Vermögen erhöht, für die NGOs aber nicht kräftig genug. Eine „Verteilungskrise“ sei Realität, „Überfluss“ müsse stärker besteuert werden, so die 2009 ins Leben gerufene Initiative „Wege aus der Krise“. Das „Zukunftsbudget“ 2013 ist das mittlerweile dritte.

Mehr Jobs durch Umverteilung?

Rechnerisch ergibt es mit Ausgaben von etwa 7,8 Mrd. Euro und Einnahmen in derselben Höhe ein Nullsummenspiel. Allerdings würden die Effekte auf den Arbeitsmarkt, niedrige Einkommen, das Gesundheitssystem, den Bildungssektor und Österreichs Ökobilanz deutlich positiv ausfallen, sind die NGOs überzeugt. Mit dem Maßnahmenkatalog ließen sich außerdem knapp über 98.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Konkret sieht das „Gegenbudget“ 4,845 Mrd. Euro an „Investitionen in die Zukunft“ (nachhaltige Energieträger, umweltfreundlicher Verkehr, Gesundheit und Pflege, Arbeitsplätze, Ausbildung u. a.), 1,470 Mrd. Euro für „weniger Steuern auf Arbeit“ und weitere 1,5 Mrd. Euro zum „Abbau von Schulden“ vor - in Summe 7,815 Mrd. Euro.

Rütteln an Tabus

Dieselbe Summe ließe sich aus der „Besteuerung von Überfluss“ lukrieren, lautet die Rechnung: genauer aus einer Vermögenssteuer, einer „progressiven Erbschafts- und Schenkungssteuer“, einer weiteren Erhöhung der Mineralölsteuer (MöSt) für Diesel, einer Reform der Steuerbegünstigung für Firmenwagen und der Normverbrauchsabgabe (NOVA), einer Börsenumsatzsteuer (bis zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer) und weiteren Maßnahmen.

Zur Verdeutlichung der Dimensionen: Der staatliche Gesamthaushalt von Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) sieht für 2013 rund 73,59 Mrd. Euro an Ausgaben und knapp 64,41 Mrd. Euro an Einnahmen vor. Damit ergibt sich ein veranschlagtes Defizit von knapp 9,18 Mrd. Euro bei einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von (laut Statistik Austria) 300,71 Mrd. Euro im Jahr 2011.

Einige ihrer langfristigen Forderungen sieht die Initiative im Sparpaket 2012 bis 2016 der Bundesregierung zumindest ansatzweise erfüllt und spricht deshalb auch von einer Erfolgsbilanz ihrer bisherigen Arbeit: Darunter fallen etwa die seit 1. Jänner geltende 25-prozentige Wertpapier-KeSt, die Bankenabgabe und die Abschaffung der MöSt-Rückvergütung für Landwirte. Andere Forderungen wie die Wiedereinführung der Erbschafts- und eine allgemeine Vermögenssteuer sind in der Regierung umstritten und fallen daher eher in die Kategorie koalitionsinterne Tabus.

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 06.10.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac,

URL: http://news.orf.at/stories/2144438/2144439/

Ruf nach Vermögenssteuern

In ihrer Kritik an einer „Verteilungskrise“ sehen sich die NGOs durch eine Studie der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) bestätigt, die erst Anfang Oktober eine „ausgeprägte Vermögensungleichheit“ in Österreich konstatiert hatte. Die Schuldenkrise "entsteht in Wirklichkeit durch zu geringe Steuern auf Vermögen und Unternehmensgewinne. Das führt zu Vermögenskonzentration und Unterfinanzierung des Staates. Mehr denn je ist es Zeit für vermögensbezogene Steuern“, argumentiert die globalisierungskritische NGO ATTAC.

Die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) rechnet vor, dass eine Vermögenssteuer „für die obersten fünf bis zehn Prozent“ jährlich rund drei Mrd. Euro einbringen würde. Die „obersten“ und „untersten“ zehn Prozent der Haushalte verfügen laut OeNB-Berechnung jeweils über ein Nettovermögen von weniger als 1.000 bzw. mehr als 542.000 Euro.

„Kuchen neu verteilen“

Über eine „Sozialmilliarde“ ließen sich bis zu 30.000 neue Arbeitsplätze schaffen, ist die Gewerkschaft überzeugt. „Lippenbekenntnisse“ seien zu wenig, betont die Armutskonferenz. Klimaschutz und eine intakte Umwelt seien Voraussetzung für ein „gutes Leben für alle“, so die Umweltschutzorganisation Global 2000. Grundsätzlich sind sich die NGOs einig, dass die Kürzungspolitik längerfristig nicht aus der Krise, sondern nur noch tiefer in sie hineinführen werde. Das wirkliche Problem sei Verteilungsungerechtigkeit.

Demgemäß steht der Aktionstag der Initiative am Samstag unter dem Motto "Es reicht - für alle. Den Kuchen neu verteilen“. Die Allianz „Wege aus der Krise“ wurde 2009 gegründet. Ihr gehören neben ATTAC, der GPA-djp, der Armutskonferenz und Global 2000 die Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch, die Gewerkschaften GdG-KMSfB (Gemeindebedienstete), vida (Verkehr und Dienstleistungen), Pro-Ge (Produktion), die Katholische Arbeitnehmerbewegung, die Umweltschutzorganisation Greenpeace und die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) an.

Links:

- Wege aus der Krise
- „Zukunftsbudget 2013“ (.PDF)
- Finanzministerium
- Statistik Austria
- ATTAC
- OeNB
- GPA-djp
- Armutskonferenz
- Global 2000
- SOS Mitmensch
- GdG-KMSfB
- vida
- PRO-GE
- Katholische Arbeitnehmerbewegung
- Greenpeace
- ÖH

06.10.2012 Seitenanfang ▲

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 06.10.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at